

# Riesner & Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verlag  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstag  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 8.

Donnerstag, 10. Januar 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla, des Postbezirks, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Kaugelb-Kassa für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kahlanenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Saale des Hotels zum „Kronprinz“ hier sollen  
Montag, den 14. Januar 1895,  
von Vormittags 9 Uhr an

9 Stück Stoffhosen, 23 Kinderanzüge, 33 Westen, 7 Leibchenhosen, 7 Kinderjackets, 2 Mäntel-

joden, 18 m dunkler carrirter Stoff und 7 1/2 m Kammgarn, (blau carrirt), sowie ein Plüsch gegen Baarzahlung meistbietend versteigert werden.  
Riesa, am 10. Januar 1895.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.  
Schr. Eibam.

## Die Umsturzvorlage im Reichstage.

Gestern wurde im Reichstage die Beratung der Umsturzvorlage fortgesetzt. Zunächst führte, wie schon kurz gemeldet, Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) aus, die sozialdemokratische Partei sei trotz aller Ablehnung eine revolutionäre Partei. (Der Redner wird wiederholt durch Zwischenrufe von den Sozialdemokraten unterbrochen. Der Präsident rügt dies energisch.) Die Sozialdemokratie untergrabe die Religion und die Sitte; sie wolle die freie Liebe und habe den deutschen Anarchismus geboren. Alle Anarchisten seien frühere Sozialdemokraten gewesen; der deutlichste Beweis dafür sei der „Vorwärts-Kalender“ von 1895, den der Redner in der Hand emporhebt. Dort seien aus allen Staaten Anarchisten und Sozialisten brüderlich untereinander verzeichnet. Unter dem 15. Dezember heiße es: „Vernichten von Bebel gekündigt.“ (Heiterkeit.) Das einzig wirksame Mittel, die Sozialdemokratie niederzuhalten, sei eine eiserne Hand. Er hätte allerdings das Umsturzgesetz noch schärfer gemacht. (Abg. Singer ruft: Jeder Sozialdemokrat wird todgeschlagen!) Er wünsche die Entziehung des Wahlrechtes für die Sozialdemokratie. Sie breite Gift in die Jugend aus; sie habe eine eigene Polizei, wie beim Boykott hervorgetreten sei. Wer gegen die Sozialdemokratie nicht vorgehe, mache sich verantwortlich für die Ströme von Blut, durch die später ihr Weg gehen würde. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner geißelt die Sucht der gebildeten Kreise, mit Sozialismus und sozialdemokratischen Lehren zu toktieren. Von den Sozialdemokraten gelte das Wort: „Wer den Dolch schleift, ist ebenso schuldig, wie der ihn führt.“ Die Führer verstanden allerdings, ihre Köpfe aus der Schlinge zu ziehen; sie seien allmählich diebische Bourgeois geworden. (Heiterkeit.) Besser als die Umsturzvorlage sei ein Ausnahmegesetz gewesen. Der Arbeiter müsse gegen die sozialdemokratischen Ausbeuter gekämpft werden. Die anderen Parteien sollten die Vorlage durch Abschwägungen nicht unannehmbar für die Konservativen machen. Redner schließt mit den Worten: Salus publica suprema lex! Der Präsident rügt verschiedene Zwischenrufe, die während der letzten Rede gefallen, wie die Worte „zynisch“ und „Kloger“ und bedauert, daß er den Kaiser nicht bezeichnen könne. Solche Rufe widersprechen der parlamentarischen Ordnung.

Abg. Brüber (C.) bemerkt, die Sozialdemokraten bemühten sich, den Unterschied zwischen braven und bösen Sozialdemokraten begrifflich zu machen. Warum fürchten denn die braven Sozialdemokraten das neue Gesetz, da es nur für die bösen bestimmt sei? Redner weist auf die Leistungen der Arbeiter-Wohlfahrts-Gesetze hin; damit verglichen hätten die Sozialdemokraten nichts gethan. Das Centrum sei bereit, in eine Prüfung des Entwurfs einzutreten, ob er geeignet sei, den revolutionären Bestrebungen entgegenzutreten. Er beantrage die Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Die Bestimmungen des Entwurfs seien vielfach zu unbestimmt. Seien die Jesuiten schlimmer als die Umstürzler, die doch des Schutzes des gemeinen Rechtes theilhaftig wären? Redner beleuchtet alsdann verschiedene aus der Unbestimmtheit der Ausdrücke des Gesetzes notwendigerweise erwachsende Schwierigkeiten und fordert die Hinzuziehung des Vizepräsidenten für die Beurtheilung der in der Vorlage vorgesehenen Delikte. Wegen das der Polizei zu gewährenden Beschlagnahmerecht habe er große Bedenken. Er weise auf die Reue mehrerer Gelehrten hin, die den Sozialdemokraten viel Freude machen müßten, so auf die Vorträge des Straßburger Professors Theobald Ziegler. Er erinnere ferner an die Vertheidigung des Generals Kirchhoff durch den Kriegsminister Bronsart von Schellendorf. Nach der Umsturzvorlage müßte der Justizminister gegen diesen — den Kriegsminister — Strafantrag stellen. (Heiterkeit. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Redner bemängelt ferner die unbestimmte Fassung der Begriffe Ehe, Religion und Eigenthum. Wenn es in der Vorlage heiße: „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“, so schäme das nur

die deutschen Professoren, die hundertmal schuldiger seien als die Arbeiter, die ihre — der Professoren — Lehre öffentlich vertreten. Redner citirt in diesem Sinne ein Gutachten Ernst Döckels. So gehe es auf unseren Universitäten zu; da liege der Grund, warum unter unserer Jugend so wenig Christenthum sei. (Sehr gut! im Centrum.) Die gelehrten Vorträge bildeten das Arsenal für die Sozialdemokraten. Es lasse sich kein Scheidewand ziehen zwischen den vorkriegstenden Professoren und den Arbeitern, die die praktischen Konsequenzen daraus zögen. Wenn Freiherr von Stumm und weitere Kreise der Ansicht seien, daß diese Vorlage erst der erste Schritt zu weiteren sei, dann habe die Volksvertretung das Recht, zu fragen: Wohin geht der Weg? Wir wollen gern mit vollem Herzen mitkämpfen mit der Regierung, verlangen aber, daß man uns die Hände frei mache. Auch den geistigen Kampf könne man mit gebundenen Armen nicht auskämpfen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Ein zweiter Fehler liege ferner in der geringen Föhlung mit dem Volke. Der Kaiser habe die westfälischen Industriellen vor einigen Jahren ernstlich darauf hingewiesen, Föhlung mit ihren Arbeitern zu suchen und durch das Beispiel zu wirken. Hier müßte auch die Kirche einsehen; ihr sei die Hauptaufgabe in diesem Kampfe vorbehalten, denn es ist kein Heil außer in Jesus Christus. (Beifall und Handklatschen im Centrum.)

Staatssekretär Dr. Lieberding erwidert, nach den Schlagworten des Vorredners müßte sich der ganze Kampf vollziehen auf dem Wege der inneren Herzensüberzeugung. Auf diesem befänden sich die Regierungen seit Jahren, da bestche kein Gegensatz. Der Vorwurf, als untergrabe er eine obere und eine untere Gesellschaftsform und messe der oberen alles Gute, alle Freundschaft für den Staat zu, der unteren Haß und Verachtung gegen die Staatsrichtungen, sei vollkommen ungerichtet. Derartige sei von ihm nie ausgesprochen worden. Er freue sich, daß der Vorredner sich bereit erklärt habe, mit der Regierung in der Romantion das Gesetz eingehend zu beraten. Er hoffe dort ein Zustandekommen und eine Verständigung. Er versichere wiederholt, daß der Regierung die Schaffung besonderer Belästigungen völlig fern liege. Das Gesetz solle nicht zu Strafverfolgungen Anlaß geben, die dem öffentlichen Rechtsbewußtsein zuwiderlaufen; sie wolle lediglich den Schutz der Ordnung. Redner widerlegt die juristischen Bedenken der Vorredner gegen die Vorlage im Einzelnen und weist die Meinung zurück, die Regierung beabsichtige, in der Vorlage die Universitätsprofessoren und Gelehrten besonders zu schägen. Er wende sich schließlich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Auer. Daß die Citate aus älteren Schriften stammten, sei ohne Bedeutung, die Citate seien nur in den letzten Jahren erschienenen Schriften entnommen und seien eben wieder verworther worden. Das Gesetz sei keineswegs gegen die Arbeiter gerichtet; diese schrieben doch auch keine Artikel. Das Gesetz richte sich gegen die Zerstörer der Ordnungsg Grundlagen, auf denen das Wohl der Arbeiter beruhe. — Ein Vertagungsantrag wurde hierauf angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Frhr. v. Stumm und Brüber bemerkt Abg. Singer auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mintelen, die Geschäftsordnungskommission werde sich am Freitag mit der Erweiterung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten beschäftigen.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Zum parlamentarischen Herrenabend hatte der Kaiser am Dienstag Abend eine auserlesene Gesellschaft von 30 Personen nach dem Neuen Palais bei Potsdam entboten. Als die Herren im Neuen Palais angekommen waren, begrüßte der Kaiser sie und lud sie ein, in den Musiksaal einzutreten. Hierauf begaben sich alle Anwesenden nach dem nebenliegenden Saale und betrachteten die dort noch stehenden Weihnachtsbäume und daselbst ausgelegten Weihnachtsgeschenke der kaiserlichen Familie. Sodann betraten sie den weiter gelegenen größeren Saal. Der

Kaiser ergriff das Wort zu einem längeren Vortrage über die Marine und ließ denselben in der Forderung auf Verstärkung der Marine gipfeln. Der Vortrag ging auf die Einzelheiten der Angelegenheit näher ein und zeigte die Vertrautheit mit der Materie und Liebe zur Sache. Nach Beendigung des Vortrages wurde der Musiksaal wieder aufgeführt und man setzte sich zur Tafel. Es war in der Mitte ein runder Tisch aufgestellt, an den sich zu beiden Seiten längere Tische angeschlossen. Die Mitte des runden Tisches nahm der Kaiser selbst ein, ihm zur Linken und Rechten saßen Präsident v. Levetzow und Graf Hompesch, ihm gegenüber Freiherr v. Mantuffel, Finanzminister Dr. Miquel und Freiherr v. Stumm. Der Platz des Grafen zu Inn- und Kniphausen bildete den Uebergang zu den längeren Tischen. Eine frohbewegte Unterhaltung entwickelte sich während der Mahlzeit. Der Kaiser äußerte sich über den chinesisch-japanischen Krieg und rühmte die Kriegstüchtigkeit der Japaner. Auch auf das Reichstagsgebäude kam man zu sprechen. Der Kaiser erklärte, erst aus den Zeitungen ersehen zu haben, daß die Inschrift „Dem deutschen Volke“ auf der Vorderfront des Gebäudes fortgeblieben sei. Es machte den Eindruck, als ob er diese Maßregel nicht billige. Während des ganzen Abends sind weder die Umsturzvorlage, noch die Haltung der Sozialdemokraten, noch die Stellung des Reichstagspräsidenten zur Sprache gekommen. Der Kaiser befand sich in bester Stimmung und entließ seine Gäste erst gegen 11 1/2 Uhr Nachts. Er hatte die Admiralsuniform getragen. Um 12 Uhr trafen die Herrschaften mit dem Extrazuge in Berlin wieder ein.

In einem Theile der Zentrumspreffe ist wegen der Beilegung der deutschen Katholiken am 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck eine heftige Fehde entbrannt. Die „Köln. Volks-Ztg.“ bemerkt dazu, es erfordere die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß Bismarck, nachdem er den Kulturkampf geführt, auch das Verdienst besitze, ihn theilweise wieder beseitigt zu haben. Man bezeichne es als unmöglich, eine Person von ihrer Politik zu trennen, und behaupte, einer Person wie Bismarck könne man nur ganz oder gar nicht hochzählen. Gerade Papst Leo aber habe dem Fürsten die höchste Auszeichnung, den Christusorden, verliehen. Dieser Akt habe der Person des damaligen Reichskanzlers gegolten. Die „Köln. Volks-Ztg.“ vermag deshalb einen wesentlichen Unterschied nicht zu finden, wenn Katholiken sich an einem „Höflichkeitssakt“ für den 80jährigen Privatmann betheiligen.

Das Staatsministerium trat gestern Nachmittag 2 Uhr unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

Die „Berl. Vol. Nachr.“ schreiben: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung sich mit der Lage der Landwirtschaft und den zu ihrer Hebung zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigen wird. Daß der Kaiser diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit widmet, darf gleichfalls als sicher gelten. Aus Abgeordnetenkreisen wird uns mitgetheilt, es werde behufs eingehender Prüfung diejenigen Maßregeln, welche zur Hebung der Landwirtschaft und Sicherung des ländlichen Grundbesitzes von Staats wegen getroffen werden können, die Heranziehung des Staatsraths ernstlich erwogen. Man wird sich erinnern, daß auch den Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes eine Beratung durch den Staatsrath vorangegangen ist, wobei die Fragen so weit erörtert wurden, daß mit bestimmten gesetzgeberischen Vorschlägen vorgegangen werden konnte.

Dem Reichstage ging ein Gesetzentwurf zu betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. Dieser Entwurf enthält 17 Artikel.

Ueber das Befinden des Fürsten Bismarck meldet der „Hamb. Correspond.“, daß der Fürst augenblicklich körperlich und geistig sehr frisch ist; der Appetit ist gut, und der Fürst betheiligte sich lebhaft an der Unterhaltung.

Die gestern dem Reichstage zugegangene Denkschrift über das Logogebiet erörtert die Bevölkerung, die Hauptwohnplätze, Klima und Gesundheitsverhältnisse, Auetzeugnisse des Landes, Viehzucht, Mineralien, Handel und Schifffahrt